

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 $\frac{1}{2}$ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.

24 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihund siebziger Jahrgang.

Jahresrate
1 $\frac{1}{2}$ Sgr. für die fünfgesparten Seile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen: Annahme: Büros der Posener Zeitung sind: in Posen bei Herrn Buchhändler Joseph Polowicz, Markt 74 und Herrn Arnyk (C. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Särimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streissand und Herrn D. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haase & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Wosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schlossplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: L. Panke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amliches.

Berlin, 27. August. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Appellationsgerichts-Rath a. D. Dr. Schmid zu Riel den Kreuz-Orden III. Kl. zu verleihen; den vortragenden Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Wirklichen Legations-Rath v. Reudel, zum Geheimen Legations-Rath; und den bisherigen Geh. Ober-Rechnungs-Rath Raday zum Direktor bei der Ober-Rechnungskammer; ferner die bisherigen Reg.-Räthe Steppuhn und Luckwald zu Ober-Rechnungs-Räthen und vortragenden Räthen bei der Ober-Rechnungskammer; sowie den bisherigen Marine-Intendantur-Rath Raffauf und den heitberigen Militär-Intendantur-Rath Garow zu Ober-Rechnungs-Räthen und vortragenden Räthen bei dem Rechnungshofe des Norddeutschen Bundes zu ernennen.

Die Rechtsanwalte und Notare, Justiz-Räthe Koffka in Frankfurt a. M. und Leichter in Friedeberg N. W., sind unter Beilegung des Notariats im Departement des Kammergerichts als Rechtsanwalte an das Stadtgericht in Berlin versetzt worden. Außerdem ist der Kreisgerichts-Rath Lefje in Thorn zum Rechtsanwalt bei demselben Stadtgericht und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts ernannt worden. Der Gerichts-Assessor Winterfeldt in Berlin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kammergericht und zugleich zum Notar im Departement desselben ernannt worden.

Politische Rundschau.

Bei der bevorstehenden Eröffnung des Landtags werden offiziöserseits wiederum Reformgesetze auf dem Gebiete der inneren Verwaltung und der Schule in Aussicht gestellt. Sonderbarer Weise spendet dieser Nachricht kein Mensch Beifall, obwohl doch ein reformatorisches Vorgehen der Gesetzgebung in den Verwaltungs- und Schulangelegenheiten von links bis weit nach rechts als dringendes Bedürfnis anerkannt wird. Warum? Länger als ein Jahrzehnt hören wir bereits diese Verheißungen bei jedem Zusammentritt des Landtags, ohne daß die Prophezeiung je zur Wahrheit geworden wäre. Da befürchtet man denn, daß auch in dieser Gesetzgebungsperiode die Volksvertretung sich fast ausschließlich mit den Finanzen zu beschäftigen habere wird. Wo aber noch Hoffnung vorhanden ist, da wird sie geträut durch die Erwagung, daß Graf Eulenburg und Herr v. Mühlner schwerlich dem Lande Gesetze bieten werden, denen die weit überwiegende Mehrheit des Volkes freudig zustimmen färin. Die Heimlichkeit, welche bei dem Entwerfen der Gesetze von mir, ist ebenso wie die "Nationalzeitung" bezüglich des Entwurfs der neuen Kreisordnung Ausdruck giebt in einem Artikel, den unsere Leser unter Berlin finden.

Die "Nordd. Allg. Z." dementierte dieser Tage in bündigster Weise die Nachricht, der Kriegsminister oder — um genauer zu sprechen — der Vorsitzende des Bundesrathsausschusses für Militärwesen werde an den Reichstag eine Nachtragforderung von 5 Millionen richten. Zugleich trat das Dementi der Behauptung entgegen, das Defizit sei durch den Militäretat herbeigeführt worden. Dasselbe sei vielmehr aus dem Ausfall der zur Deckung der Bundesbedürfnisse bestimmten Einnahmen entsprungen und hänge großenteils mit den durchgreifenden Erleichterungen zusammen, welche den wichtigsten Verkehrsverhältnissen zu Gute gekommen sind. Nun wird aber die "Nordd. Allg. Z." zwei Dinge nicht bestreiten können, einmal daß das Militärbudget gegenüber den Ausgaben für andere Zwecke unverhältnismäßig gewachsen ist, dann daß die Einnahmepositionen in dem Etat zu hoch angenommen worden sind, wie behauptet wird, abschilflich, um eben die durch das Militärbudget so hoch ange schwollenen Ausgaben mit den Einnahmen zu balanciren. Ob nun nicht das Militärbudget zu verringern geht und damit alle Defizitnot wogefallen könnte, wollen wir hier nicht kurzer Hand entscheiden, aber bekanntlich ist dies ein im Lande weit verbreiterter Wunsch, und man denkt dabei theils an eine Verringerung des stehenden Heeres, theils an die zweijährige Dienstzeit und endlich auch an eine Ersparung im Pensionsetat, der die Höhe von 3,617,850 Thlr. erreicht hat, eine Summe, welche nicht viel geringer ist, als die Summe des Gehalts, das an sämtliche Landesschul Lehrer der 8 alten Provinzen Preußens gezahlt wird.

Die fatale Ausweisungsgeschichte in Frankfurt a. M. hat offenbar den schweizer Bundesrat ein wenig piquiert, aber zu diplomatischen Verhandlungen wird der Fall kaum Anlaß geben, obwohl, wie Frankfurter Blätter wissen wollen, die Eltern der von der polizeilichen Ausweisung Betroffenen eine Kollektivvorstellung an die Regierung der Schweiz senden wollen. Die Frankfurter Mutterjöchchen finden eben nirgends Sympathie, wenn man auch in der Schweiz wünscht, daß die Sache in einer anderen Form Erledigung gefunden hätte.

Die Berathungen der beiden Delegationen in Österreich gehen ihrem Ende entgegen. Auf allen Seiten wird ausgegliedert und zwischen den Beschlüssen der beiden Körperschaften eine Einigung zu erzielen gesucht. In den Budgets des Finanzministers, der Kriegsmarine und zum größten Theile auch des Ministeriums des Äußern sind gleichlautende Beschlüsse zu Stande gekommen und die Regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß auch bei den Fragen, über die bis jetzt noch widerprechenden Anschauungen an den Tag getreten, eine Lösung zur beiderseitigen Zufriedenheit zu Stande kommen wird. — Binnen wenigen Wochen werden die Landtage zusammen kommen und es verspricht auch diesmal die Session eine ziemlich stürmische zu werden, namentlich in den Ländern von gemischter Nationalität, wo große Vorbereitungen für die bevorstehende parlamentarische Kampagne getrof-

fen werden, um immer von Neuem die Notwendigkeit des Föderalismus zu beweisen. Der galizische Landtag wird trotz des Gescheires der Demokraten wie Smolka und Konsorten die Beschickung des Reichsraths votiren, den Abgeordneten jedoch zugleich die Pflicht auferlegen, sofort bei ihrem Eintritt die galizische Resolution aufs Tafel zu bringen und den Reichsrath zu verlassen, wenn entweder die parlamentarische Behandlung der Resolution wieder auf die lange Bank geschoben werden oder sie selbst abgelehnt werden sollte. In Böhmen bleiben die Verhältnisse im Großen und Ganzen unverändert, die czechischen Abgeordneten werden sich wie bisher vom Landtage fernhalten. In Tirol wird wieder die klerikale Partei das große Wort führen. Man sieht, die Regierung hat nicht Ursache, der bevorstehenden Landtagsession mit besonders freudigen Gefühlen entgegenzusehen, zumal es nicht zu leugnen ist, daß die föderalistische Idee immer mehr an Einfluß gewinnt und die Zahl derjenigen sich mehrt, welche den Wiener Reichsrath nicht mehr als den Mittelpunkt des politischen Lebens ansehen.

Von Paris aus erhält die Börse wieder einmal Zuckungen. Ueber die Ursache lassen sich bis jetzt nur Vermuthungen anstellen, denn der Telegraph, welcher in diesen Tagen so sehr mittheilsam war, daß er über jedes "Vive", welches man der Kaiserin auf ihrer Reise brachte, uns meldete, schweigt noch. Vermuthen wir also: Das Senatskouxit, wie es aus der Kommission hervorgegangen ist, findet im Lande wenig Anklang. Die Chancen der Unverhöhnlichen steigen und die der Mittelpartei, welche bis jetzt die Hause gehalten hat, vermindern sich. Zugleich scheint der Kaiser kränker, als man zugeben will. Indessen kann die Börse auch eine Folge von unverbürgten Nachrichten sein. Die Börse ist bekanntlich leichtgläubig und das unzulässige Barometer für die politische Atmosphäre.

In Spanien ist die Verlegenheit um die Besetzung des Thrones so hoch gestiegen, daß in unionistischen wie in progressistischen Kreisen schon von der Kandidatur Serranos gesprochen wird. Es läßt sich freilich noch nicht feststellen, wie viel von diesem Gedanke begründet ist; doch wäre die Beförderung des Marqués Serrano zum König noch lange nicht der schlimmste Würklich den 1. August wüssten hen könnten. Franz I. würde sein Name sein, denn dem armeligen Franz von Assisi würde Spanien doch keinen Platz in der Herrscherreihe einräumen, wenn seine Gemahlin ihm auch den Königstitel verschafft hatte.

Die Konzil- und die Klosterfrage stehen noch immer auf der Tagesordnung. Die Stellung Preußens zum Konzil ist immer noch nicht geklärt. "Beidlers Korrespondenz", die von Gesetzen wissen wollte, welche die Regierung dem Landtage vorlegen würde, wenn das Konzil Beschlüsse fassen sollte, die den Frieden zwischen Staat und Kirche stören könnten, wird von der "Nordd. Allg. Z." desavouirt, aus der Aeußerung der genannten Korrespondenz, welche überhaupt nicht als Organ der Regierung zu betrachten ist, darf durchaus kein Schlüß auf die Absicht der kgl. Regierung gezogen werden. Hr. Geheimrath Wagener weiß also nicht, was im geheimen Rath der Regierung vorgeht, und hat wieder einmal auf eigene Hand Politik gemacht.

Deutschland.

△ Berlin, 27. August. Im Angesicht des nahen Termins für das Inkrafttreten der Gewerbeordnung hat man auf das baldige Erscheinen der für die Ausführung derselben nothwendigen Instruktionen hingewiesen, und es hat sich schon in einigen Blättern eine gewisse Ungeduld darüber ausgedrückt, daß diese Instruktionen noch auf sich warten lassen. Wie man erfährt, sind dieselben im Handelsministerium schon seit längerer Zeit entworfen und ausgearbeitet; es ist aber als nothwendig erachtet worden, die Entwürfe speziell der Begutachtung der obersten Verwaltungsbehörden in den neuen Provinzen zu unterziehen, weil dort manche besondere Zustände und bisher gesetzliche Einrichtungen zu berücksichtigen sind. Durch die Einholung dieser Gutachten durch von Seiten der Oberpräsidien der neuen Provinzen zu erstattende Berichte ist die Publikation der Instruktionen aufgehoben worden, doch dürfte dieselbe jetzt in sehr naher Zukunft erfolgen. — Das Bundesgesetz vom 5. Juni d. J. hat die bisher in Staatsdienst-Angelegenheiten bestandene Portofreiheit beseitigt. In Folge dessen ist für die künftige geschäftliche Behandlung der Postsendungen der Staatsbehörden Vorsorge zu treffen, und es erscheint angemessen, daß gemeinsame Beschlüsse der verschiedenen Departements zu Stande kommen. Deshalb sind kommissarische Berathungen von Seiten der einzelnen befreiteten Ressorts in Aussicht genommen. — Bekanntlich sind nach den Truppenübungen die vorgekommenen Flurbeschädigungen durch Kommissarien abzuwöhnen, in welchen als Civilmitglieder in der Regel die Landräthe der betreffenden Kreise fungieren. Diese Regel ist in jüngster Zeit öfter nicht beachtet worden, indem zum Theil andere Verwaltungsbeamte in die erwähnten Kommissionen berufen worden, zum Theil zwar auch Landräthe, aber nicht innerhalb ihrer Kreise. Durch eine gemeinsame Versetzung aus den Ressorts der Finanzen, des Krieges und des Innern sind daher jetzt die Regierungen angewiesen worden, an der Regel festzuhalten, und zwar unter Hinweis darauf, daß dies Verfahren das allein angemessene sei, um eine Belastung

des Militärfonds mit Diäten und Reisekosten für die Zivilmitglieder der Abschlagskommissionen so viel als möglich zu beschränken. Es soll auf eine Befolgung dieser Vorschrift schon bei den diesjährigen Herbstübungen Bedacht genommen werden.

○ Berlin, 27. August. Der König empfing heut den Oberpräsidenten der Provinz Pommern, Frhrn. v. Münchhausen, der über die Sanitätsverhältnisse und andere auf die Manöver bezüglichen Angelegenheiten Bericht erstattete. Wie man hört, hat Se. Maj. sich nicht bewogen gefunden, erhebliche Änderungen in den bisherigen Dispositionen für die Provinz Pommern vorzunehmen. Nach der großen Parade am Montag giebt der König hier ein militärisches Gala-Diner, zu welchem sämmtliche fremdherrliche Offiziere, die Generalität, die Stabs-Offiziere, die in Parade gestanden waren, Einladungen erhalten. — Es verlautet bereits mit ziemlicher Gewissheit, daß der evangel. Oberkirchenrat der Entscheidung der Provinzial-Synode wegen Verfolgung von Kirchen zum Gottesdienst während der Versammlung des Protestantvereins beitreten wird. Der Bescheid ist inzwischen noch nicht ergangen, von einem Vermittelungsvorschlag, über den die "Magdeb. Ztg." berichtet, ist hier nirgends etwas bekannt geworden. — Sehr bemerk wird ein offiziöses Dementi, welches heute Abend von der "Nordd. Allg. Z." an die "Beidlers Korrespondenz" wegen deren Mitteilungen über die Haltung der Regierung den Beschlüssen des Romischen Konzils gegenüber gerichtet ist. Man versichert uns, daß darüber diesseits bestimmte Beschlüsse noch gar nicht gefaßt sein können und fügt hinzu, es sei festzuhalten, daß die Regierung bewußter Weise sich an die Spitze nicht nur des protestantischen, sondern des gesamten Deutschlands gestellt und deshalb paritätischen Interessen zu wahren habe und zu wahren wissen werde.

— Die Angelegenheit über die diplomatische Vertretung des Norddeutschen Bundes, worüber in letzter Zeit vielfach berichtet worden, gehört nach verlässigen Angaben zu denjenigen Dingen, welche ihre Erledigung erst nach Beendigung beschlossener Erhebungen über die praktische Ausführbarkeit finden sollen. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß die in weiterem Umfang den Bundesrat bei der Wiederaufnahme seiner Arbeiten beschäftigen wird. — Der vielgeschätzte Architekt, Prof. Karl Georgius, der sich u. A. bei der Ausmützung Berlins zum Einzug der Truppen vor drei Jahren so verdient gemacht hat, ist, wie verlautet, zum Direktor sämmtlicher Kunstgewerbeschulen der preuß. Monarchie ernannt worden. Bisher ressortirten diese Schulen von dem Direktorium der Akademie der Künste und es würde dies Verhältnis durch die Berufung des verdienstvollen Mannes in Fortfall kommen.

— Wenn man den Andeutungen der offiziösen Presse folgen darf, schreibt die "Nat. Ztg.", so ist der Minister des Innern enttäuscht, die Vorarbeiten für den Entwurf der neuen Kreisordnung bis zum Beginne des Landtages zu beenden, um dem letzteren alsdann eine Vorlage zu machen, auf deren Durchberatung und Annahme gerechnet wird. Das genannte Blatt begleitet diese seine Annahme mit nachstehender Darlegung der gegenwärtigen Sachlage:

Bekanntlich wurden die vom Staatsministerium festgestellten Grundlagen der neuen Kommunalgesetzgebung im letzten Frühjahr mit Vertrauensmännern des Abgeordneten- und des Herrenhauses, die der Minister berief, zum Gegenstande eingehender Erörterungen gemacht, hierüber Protokolle entworfen und diese wieder Sachverständigen zur Begutachtung vorgelegt. Als besonders resultatreich werden die Verhandlungen bezeichnet, in welche der Minister und seine Kommissarien — man nennt als solche den neuen Unterstaatssekretär Bitter, die Geh. Räthe v. Klieckow, Ribbeck und Persius und den Senator v. Boetticher — darauf mit dem Landrat a. D. Dr. Giedenthal getreten sind. Jetzt sind die Kommissarien mit der Ausarbeitung des Entwurfs beschäftigt, der dann im Staatsministerium endgültig redigirt und nach erfolgter Approbation des Königs dem Landtage zugeführt werden soll. Es ist ein eigenhümliches Verlangen, daß die Landtagsmitglieder sich über diese hochwichtige Angelegenheit schlüssig machen sollen, ohne daß vorher auch nur unter den Interessenten darüber eine gewisse Verständigung erreicht ist. Unter solchen Umständen ist wenig Garantie für die grundliche und vielseitige Erörterung und Vorbereitung dieser so bedeutenden und tiefsinnendsten Angelegenheit vorhanden. Nicht nur, daß fast nur Beamten und in der Schule der Bureaucratie Großgewordene über die den Landmann in seinen kommunalen Interessen treffenden Angelegenheiten und daß zum größten Theile Mitglieder der älteren Regierung über die wichtigsten kommunal-politischen Fragen gehörten worden sind: die geheimnisvolle Art der bisherigen Verhandlungen spricht nicht eben für die Trefflichkeit der letzteren. Eine gute Sache scheut nicht, sondern sucht das Licht und hält dessen Schein willig aus, ihr kann es nur dienlich sein, wenn sie recht oft, recht viel und von allen Seiten besprochen und begutachtet wird. Der Justizminister hat sich augenscheinlich von solchen Erwägungen leiten lassen, als er die sein Ressort angehörenden Gesetzentwürfe, durch den Druck veröffentlichte und so auf gutachtlige oder sachverständige Neuerungen der Kritiker provozierte. Er scheint sich offenbar des Kampfes um seine Arbeiten zu freuen. Und doch ist sein Publizum außer den Hoch-Zürsten nur ein sehr beschränktes. Über kommunale Organisationssachen wollen und können dagegen alle Gebildeten, will das ganze Volk ein Urtheil besitzen, da jeder als Mitglied einer städtischen und bürgerlichen Gemeinde, als Gutsbesitzer oder sonst in einer oder der anderen Eigenschaft dabei beteiligt ist. Jeder kann darüber eine sachverständige und gütige Schrift abfassen, mit jedem kann ein Ideenaustausch angebahnt werden, der zur Klärung der Begriffe, zur Verständigung über die Differenzen, namentlich auf dem Interessengebiete, und zum allgemeinen Verständnis der einzelnen Fragen beitragen kann. Nur durch solchen allgemeinen Gedankenauftauch lassen sich viele Debatten füren und wird das Material zur Entscheidung der wichtigen Fragen herbeigeschafft.

— Eine Zuschrift an die "Kölner Ztg." macht auf einen seltsamen Widerspruch aufmerksam, welcher in den amtlichen Publikationen über die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern für das Jahr 1868 statt-

Frankreich.

Paris, 25. August. Als der Bericht des Senatsausschusses heute in öffentlicher Versammlung verlesen wurde, waren kaum 60 Senatoren anwesend. Das von Devienne aufgelegte Ältestenstuhl ist so sehr konservativ, daß Rouher, welcher den Präsidentenstuhl einnahm, allen Grund hat, damit zufrieden zu sein. Der Artikel 2 hat nichts an der Stellung des Kaisers geändert; dieser behält seine ganze Verantwortlichkeit gegenüber der Nation. Der Senatsbeschuß hat diese Verantwortlichkeit nicht geschaffen, er hat bloß daran erinnert. Was er schafft, das ist die kollektive und politische Verantwortlichkeit der Minister. Hierin liegt die Neuerung. Der Berichterstatter entschuldigt den Kaiser wegen dieser Neuerung: dieselbe sei schon seit lange eine vollzogene Thatache gewesen, von dem Augenblick an, wo die Minister vor dem Senate und dem gesetzgebenden Körper die Politik der Regierung zu rechtfertigen hatten. Unter den mit dem Senatsbeschuß vorgenommenen Abänderungen befindet sich keine einzige im Sinne der Ausdehnung der Reformen abgesetzt.

Der Entwurf des Senatskonsults in der vom Ausschuß vorgeschlagenen neuen Fassung lautet:

Art. 1. Der Kaiser und der gesetzgebende Körper haben die Initiative der Gesetze. Art. 2. Die Minister hängen nur vom Kaiser ab. Sie berathen im Ministerium unter seinem Vorſitz. Sie sind verantwortlich. Sie können nur durch den Senat in Anklage verföhrt werden. Art. 3. Die Minister können Mitglieder des Senats oder des gesetzgebenden Körpers sein. Sie haben Zutritt in die eine und die andere Versammlung und müssen jedesmal, wenn sie es verlangen, gehört werden. Art. 4. Die Sitzungen des Senats sind öffentlich. Der Antrag von fünf Mitgliedern genügt dazu, daß er sich als geheimes Komitee konstituiere. Der Senat macht sich seine innere Geschäftsausordnung. Art. 5. Der Senat kann, indem er die Veränderungen bezeichnet, deren ihm ein Gesetz fähig scheint, beschließen, daß dasselbe an den gesetzgebenden Körper befuß einer neuen Berathung zurückgewiesen werde. Er kann auf alle Fälle sich der Verkündigung eines Gesetzes widersetzen. Das Gesetz, dessen Verkündigung der Senat sich widerstellt hat, kann dem gesetzgebenden Körper in derselben Session nicht wieder vorgelegt werden. Art. 6.

Der gesetzgebende Körper macht sich seine innere Geschäftsausordnung. Bei der Eröffnung jeder Session ernennt er seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und seine Schriftführer. Er ernennt seine Dächer. Art. 7. Jedes Mitglied des Senats oder des gesetzgebenden Körpers hat das Recht, eine Interpellation an die Regierung zu richten. Motivirte Tagesordnungen können angenommen werden. Die Zurückweisung der motivirten Tagesordnung an die Abtheilung geschieht von Rechts wegen, wenn sie von der Regierung verlangt wird. Die Abtheilungen ernennen die Kommission, über deren summarischen Bericht sich der gesetzgebende Körper ausspricht. Art. 8. Kein Amendement kann zur Berathung gestellt werden, wenn es nicht an die mit der Prüfung des Gesetzentwurfs beauftragte Kommission verweisen und nicht der Regierung mitgetheilt worden ist. Wenn die Regierung und die Kommission nicht einer Meinung sind, so giebt der Staatsrat seine Ansicht kund, und der gesetzgebende Körper spricht sich aus. Art. 9. Das Budget der Ausgaben wird dem gesetzgebenden Körper nach Kapiteln und Artikeln vorgelegt. Das Budget jedes Ministeriums wird nach Kapiteln der dem gegenwärtigen Senatskonsult beigefügten Romenflatur entsprechend, votirt. Art. 10. Die in Zukunft in den Zoll- und Posttarifien durch internationale Verträge herbeigeführten Veränderungen werden nur durch einen Gesetzes obligatorisch sein. Art. 11. Die reglementaren Beziehungen des Senats und des gesetzgebenden Körpers unter sich und zu der Regierung des Kaisers werden durch kaiserliches Dekret geregelt. Die konstitutionellen Beziehungen zwischen diesen Gewalten werden durch Senatskonsult geregelt. Art. 12. Es sind alle dem gegenwärtigen Senatskonsult entgegenstehenden Bestimmungen und namentlich die Artikel 5 und 13, § 2 des Art. 24, die Artikel 26 und 40, § 5, des Art. 42, § 1 des Art. 43 und Artikel 44 der Verfassung, die Artikel 3 und 5 des Senatskonsults vom 25. Dezember 1862 und Artikel 1 des Senatskonsults vom 31. Dezember 1861 — aufgehoben.

Der Berner "Bund," welcher über Pariser Zustände gut unterrichtet ist, enthält eine interessante Korrespondenz von dort, welche die gegenwärtige Lage in Frankreich von einem zwar nicht neuen, aber sonst nur oberflächlich durchgeföhrten Gesichtspunkte aus betrachtet. Der Korrespondent schreibt:

Obsonder Kaiser ausfährt und keine öffentlichen Besorgnisse wegen seiner Gesundheit bestehen, bleibt doch darauf das Augenmerk aller Kreise gerichtet, welche ein hervorragendes Interesse haben, sich hierüber ein Urtheil zu bilden und zu wissen, woran sie sich zu halten haben. Auch in der medizinischen Welt sammelt man alle Angaben, welche man sich mit einiger Genauigkeit verschaffen kann. Arztliche Gutachten gehen in die diplomatischen Berichte über, und die Finanzkreise ziehen sie nicht weniger in ihre Berechnungen hinein. Der pathologische Zustand des Kaisers ist sehr kompliziert, aber nicht unmittelbar bedrohlich, da der Kaiser seit drei Jahren seiner Gesundheit die strenge Sorgfalt widmet. Wie lange der Kaiser sich in jenem Zustande erhalten kann, darüber besteht zwischen den motivirten

für Don Juan und Blaubart zugleich zu geltend? Ob er nach Indien gelangt? Ich glaube es; und der, mit dem er gewettet hat, zu Fuß dorthin zu pilgern, folgt ihm zu Fuß auf dem Fuße nach und kontrolliert ihm jeden Fußtritt, den er macht. Glückliches England, das solche Bürger erzieht, kluge, verständige Männer, die sich bei Parlamentswahlen die Köpfe blutig hauen in majore candidati gloriam, wie das kürzlich wieder in Belfast passirte! —

Bei uns aber prügelt man sich um Einlaß in die Wagen der Pferdeerseisenbahn, wo niemals Platz ist und wo sich der eindrägt, der am besten "Gewalt geht vor Recht" auszuüben weiß, bei uns prügelt man sich, wenn der Velozipedist Malmström auf dem Thurmseil sich ziehen läßt, statt selbst zu fahren, bei uns prügelt man sich im Sturm auf das Dominikanerkloster, für dessen Beschädigung nun die Patres vom Magistrat Schadener sah verlangen. Es ist hart hergegangen am Klosterzaun und die blonde Waffe hat Ordnung stiften müssen, aber die Patres haben sich durch den Tumult der Berliner so wenig anfechten lassen, als "Bruder Mierke", der große Prophet und Schneidergeselle durch den Skandal seiner andächtigen Zuhörer sich hat hören lassen und ruhig fortfährt, seine Ansichten über eine neue Lehre zu ent- oder besser zu verwickeln. "Alle meine Schüler haben mich nicht verstanden, bis auf einen", soll ein großer Philosoph gesagt haben, "und dieser eine hat mich falsch verstanden", Bruder Mierke aber darf hinzusehen, "und ich selbst habe mich erst recht nicht verstanden!"

Die Welt ist heut ein großes Theater, auf welchem ohne Unterbrechung Trauerspiel und Posse mit einander wechseln, Unterdrückung und Übermuth, und kaum hat einer von den Helden seine Rolle ausgespielt, so tritt der andere auf und spielt die seine, dem Publikum aber wirkt und schwirkt es um den Kopf und oftmais weiß es nicht mehr, ob es lachen oder weinen soll.

Nun wollen z. B. auch die Musiker eine große Pause machen, d. h. striken, um ein höheres Honorar zu erlangen, damit die Kunst nicht mehr "ohne Brod" gehe und nicht der Töne Meister schlechter daran sei, als der Maurergeselle; ein Begehr, das nur billig genannt werden

Meinungen nur ein Unterschied von zwei Jahren. Die Einen sagen: drei Jahre; die Optimisten gehen nicht über fünf Jahre. Letzterer Termin ist nichts Ungewöhnliches, da der Kaiser bereits 62 Jahre zählt. Jedoch ist zu bemerken, daß der geringste Unfall sich bis zum Ereignis vergrößern oder verschlimmern kann. Die medizinischen Studien der Diplomaten lassen es schon errathen, daß die oben dargestellte Lage bestimmt einwirkt auf die Voraussicht und Umfrage der europäischen Kabinette, die sich nicht unvorbereitet einem unerwarteten Ereignis aussehen wollen. Auf die innere Politik Frankreichs ist die Einwirkung unmittelbar und maßgebend. Unter dieser Einwirkung ändert offenbar auch der Kaiser seine bisherige Politik. Er will, soll er gesagt haben, dynastische Politik machen, nachdem er bisher nur monarchische Politik gemacht hat. Die dynastische Politik kann nur darin bestehen, daß die parlamentarische Regierung wieder vollkommen hergestellt wird. Dann erwirkt die Nation wieder ihren unentbehrlichen Einfluß auf ihre Geschichte, so daß sie sich durch die Kammermehrheit und mit einem dem Parlament eng verbundenen Kabinett selbst regiert, so werden dynastische Fragen und Konflikte in dem durchschnittlichen Verlangen und Bedürfnis, die bestehende Ordnung nicht umzustürzen, verschwiegen. Jetzt erst wird der Kaiser für Frankreich unentbehrlich. Denn der oben angegebene Termin gewährt gerade die notwendige Zeit zur Einführung und Befestigung des Parlamentarismus, in welchem auch die Dynastie tiefere Wurzeln erst zu fassen hat. Die wenigsten Personen in Frankreich würden die Verkürzung jenes Termins nicht als das größte Unglück betrachten, welches die endliche Vergrößerung einer freiheitlichen Ordnung treffen könnte. Aber auch die Gegner eines liberalen Kaiserthums und der Monarchie überhaupt wünschen keineswegs eine Verkürzung jenes Termins, da dieselbe eine auch für sie unreife Lage hinterlassen würde. Sie begreifen, daß für Frankreich die Notwendigkeit besteht, das Experiment mit dem Parlamentarismus bis zu einem vollgültigen Ergebnis zu vollenden. Sollting das Ergebnis in dem Sinne, daß das Kaiserthum sich in die parlamentarische Monarchie umgestaltet, so wird eine solche Monarchie mehr als je für die beste der Republiken gelten und nur die Fanatiker unter den Republikanern werden ihre unversöhnliche Unmacht bewahren wollen. Würde hingegen jenes Experiment in dem Stare mißlingen, daß auch die Mittelpartei auf ihre patriotischen Überzeugungen und Hoffnungen verzichten müßte, so würde auch jene Partei, welche der Kern Frankreichs ist, die wirtschaftlichen Interessen, ihre Sicherheit, Frankreichs Würde und Freiheit nur noch in der ausgedehntesten Selbstregierung auf Grund der ausschließlichen Volkssovereinheit suchen. Auch darüber sind so ziemlich die meisten Franzosen einig.

Ein hiesiges Journal macht darauf aufmerksam, daß zu der Einweihung der Statue Massenag in Nizza die sämmtlichen Verwandten des Hohen von Bürk, ob nahe oder entfernte, eingeladen waren, während zur Feier des hundertjährigen Geburtstages Napoleons I. in Ajaccio, mit Ausnahme des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen, kein Mitglied der Familie Bonaparte anwesend sein wird, da Niemand derselben eine Einladung erhalten hat. Und doch hätte es keine würdigere Gelegenheit geben können, die Neffen und Nichten Napoleons um die Wege ihrer Familie zu versammeln. Diese Familie besteht jetzt, außer dem Kaiser Napoleon III. und seinem Sohne, aus folgenden Mitgliedern: Der Fürst von Canino, ehemaliger Vize-Präsident der römischen Republik und seine Kinder: Lucian, Kardinal; Napoleon, Ordonanzoffizier des Kaisers; Prinzessinen: Julie, Charlotte (Gräfin Primoli), Maria (Gräfin Campello-Sabatelli). — Berner Louis Lucian, Senator, dessen Gemahlin in Ajaccio wohnt; Piero Bonaparte und seine Kinder, Prinz Roland und Prinzessin Jeanne; Antonie Bonaparte, dessen Tochter den Grafen Valentini, ehemaligen Minister des Innern der römischen Republik, geheirathet hat. Berner der Prinz Napoleon und seine Kinder; sodann die Prinzessin Mathilde. — Von allen diesen direkten Neffen und Großneffen, Nichten und Großnichten wird, mit Ausnahme des kaiserlichen Prinzen, wie gesagt kein einziger den offiziellen Festen beimwohnen, welche aus Anlaß des hundertjährigen Geburtstages ihres Onkels und Großonkels gegeben werden.

Das am Donnerstag ausgegebene "Journal officiel" enthält folgende (im telegraphischen Auszuge bereits mitgetheilte) Erklärung in Betreff der Nichtanwendung der Amnestie auf gewisse Personen:

Man hat in einigen Blättern die Frage erörtert, ob die durch das Dekret vom 14. August gewährte Amnestie auf Individuen anwendbar wäre, welche an ein Komplott, bezeichnet ein Attentat gegen das Leben des Kaisers, verurtheilt worden sind. Dieselbe Frage hat sich im Jahre 1859 erhoben und ist damals in verminderndem Sinne entschieden worden. Man hatte zu jener Zeit die Freigabe mehrerer Verurtheilter verlangt. Einige unter ihnen waren der Gegenstand individuell gewährter Begnadigung; aber die Amnestie ist auf sie nicht angewendet worden aus dem Grunde, weil man niemals ausschließlich politischen Handlungen solche gleichgeföhlt hat, welche die Ermordung, sei es nun des Kaisers, sei es irgend einer anderen politischen Persönlichkeit, zum Zweck hatten.

Paris, 27. August. (Tel.) Die beunruhigenden Gerüchte über den Gesundheitszustand des Kaisers, welche auf der heutigen Börse zirkulierten, haben sich als völlig unbegründet herausgestellt und wurden durch eine von dem Kommissar der Börse abgegebene Erklärung in bestimmtester Weise widerlegt. In Folge dieser Erklärung haben sich nach Schlüß der Börse die Kurse

wieder gehoben. In offiziellen Kreisen versichert man, daß die Gesundheit des Kaisers sich in den letzten 3 Tagen wesentlich gebessert habe. Der Polizeipräfekt hat sich heute Morgen nach St. Cloud begeben und mit dem Kaiser gearbeitet. — Die Mittheilungen des "Figaro" über Ohnmachtsanfälle des Kaisers sowie über chirurgische Operationen, denen derselbe sich angeblich unterzogen haben soll, werden mit Bestimmtheit für unbegründet erklärt; auch wird eine gerichtliche Untersuchung über den Ursprung und die Verbreitung dieser falschen Nachrichten ange stellt werden.

Spanien.

Über das Schicksal des in der Mancha gefangen genommenen Karlistenführers Polo ist noch keine Bestimmung getroffen, obwohl seine Verwandten unmittelbar beim Regenten und beim Kriegsminister eine Fürbitte für sein Leben gehabt haben. Sabatergos, dessen erneutes Auftreten in der Mancha von der amtlichen Zeitung gelehnt worden war, muß trotz dessen sichtbar geworden sein; denn wie erklärt sich sonst die Nachricht, daß die Truppen ihn wieder in die Flucht geschlagen haben? Der Kampf bei Cati in der Provinz Castellon stellt einen der bedeutendsten Zusammenstöße mit den Karlisten dar. Unter dem Befehle des Oberstleutnants Vicente Serrano ging die 120 Mann starke Truppe mit gefälltem Bayonet auf die vereinigten Banden Galindos, Sales Nielos und Nochers los und schlug sie nach kurzem Kampfe in die Flucht; Galindo, Nocher und der Priester Ballester lagen mit 8 der Ihrigen tot auf der Wahlstatt, viele Andere wurden verwundet und fielen in Gefangenschaft. Diese nun zerstreute Schaar war wohl der stärkste Karlistentrupp, der das Maestrazgo unsicher machte. Der Oberstleutnant Serrano erhielt auf telegraphischem Wege von Prim umgehend seine Beförderung zum Obersten.

Dem "Imparcial" zufolge sollen die Erzbischöfe und Bischöfe, deren Antworten nicht zufriedenstellend gewesen, vor dem höchsten Gerichtshofe, und diejenigen, welche die Antwort verweigert und keine Hirtenbriefe gegen karlistische Umtreiber erlassen haben, vor dem Staatsrat verhissen werden.

Italien.

Aus Rom schreibt man der "Leipziger Zeitung" vom 22. August: "Ein Kaplan an der Kirche der Wundmale ist zugleich mit seiner Zuhälterin verhaftet worden unter der Anklage des Kindermordes. Der Papst ist sehr aufgebracht und hat die rücksichtlose Streng anbefohlen, um dem ärgerlichen Lebenswandel vieler hiesiger Priester ein Ende zu machen. Wer die Mysterien von Rom kennt, wird begreifen, daß auch viele hohe Prälaten über diese plötzliche strengere Handhabung der Disziplin einigermaßen verdutzt sind."

Rom. Der "Korr. Havas" sind von hier unter dem 20. weitere Mittheilungen über die Vorbereitungen zum Konzil zugegangen; dieselben werden mit grossem Eifer betrieben und alle nur irgend disponiblen "Sanpietrini" werden dazu verwendet. Diese Sanpietrini sind Arbeiter, deren Sache es ist, für die Reparaturen der Peterskirche (San Pietro) zu sorgen; sie tragen ein eigenes halb weltliches halb geistliches Kostüm. Da jetzt die Baude vollendet ist, welche das Sockel des Konzils von der übrigen Basilika trennt, so wird das Publikum nicht mehr zugelassen, die Arbeiten zu besichtigen. Die Hammerschläge, das Krähen der Sägen und die Rufe der Arbeiter tönen von Morgen bis Abend die Ruhe in dem ausgedehnten Gebäude. — Zu St. Peter in Montorio auf dem Janitius arbeitet man eifrig an der Säule aus afikanischem Marmor, welche einen Theil des Monuments zum Andenken an das Konzil ausmachen soll. Auch an der Fundamentierung wird fleißig gearbeitet. Es ist jetzt ungefähr der Zeitpunkt gekommen, wo der Papst begnügt des Monumentes einen bestimmten Beschluß fassen muß. Es liegen ihm mehrere Pläne vor, sowie auch bereits verschiedene Vorläufe bezüglich der am Monument anzubringenden Inschrift eingegangen sind. Ein seinen Namen nicht nennen wollen der Epigraphist hat folgenden Entwurf verfaßt: „Sedente Pio IX. Pontifice Maximo. Imperante in Gallia. Napoleone Imperante in Austria. Et Hungaria Francisco Josepho, etc. etc.“ Bis dahin wäre nun an der Inschrift nichts auszusezen, und die Idee, an die Ablösung des Konzils das Gedächtnis der Regierungen katholischer Fürsten zu knüpfen, wäre nicht übel; wenn nur nicht dazu auch gehören würde: „In Italia Victore Emmanuel“; das würde die ganze Sache verderben. Weiter sollte die Inschrift folgende Worte enthalten: „Plaudente Toto Orbe Catholicio. Trentinibusque. Potestatis Tenebrarum“ Zum Schluß würde das Da-

koncilium zu hören, so schicke uns wenigstens die Schlüssel zum Liqueurkeller zurück! —

Herzog Karl von Braunschweig hat das Jubiläum Napoleons auf seine eigne Weise in Paris gefeiert und die Nachfänge seines rosenrothen Palais mit Gas erleuchtet, was auch wohl noch in der Weltgeschichte nicht dagewesen sein dürfte. Ich vermuthe, der hohe Herr hat hinter dieser originalen Illumination einen tiefen Gedanken versteckt und mit guter Absicht gehandelt; wär' der Gedank nicht so verwünscht gescheidt, man wär' versucht — nun, Sie kennen den Vers ja.

Inzwischen rüstet sich der Sultan zum Empfang der Kaiserin von Frankreich; er ruht und baut und repariert die Schlösser und die Gärten, und zerbricht sich den Kopf — nicht mit der Sorge um sein Reich, sondern mit dem Programm zu all den Festen, die die Kaiserin der Franken verherrlichen sollen; er entwirft die Dispositionen zu den Militär-Revuen, denen sie bewohnen soll, zu den Diners, an denen sie Theil nehmen wird, und die Hügel, die den Bosporus begleiten, die Ufer Asiens und Europas werden in taufendfachem Glanz der Illumination strahlen und Dampfer und Boote werden über die Flüsse eilen, und Musik wird erschallen und Jubel ertönen, und Pracht wird sein und große Herrlichkeit.

Und es wird Geld kosten, sehr viel Geld. Aber Paris ist nicht aus der Welt, und Rothschild ist reich; desgleichen Sina und Stieglitz.

So hat jeder seine Abwechslung und seine Freude. Die Berliner haben am Dienstag an den Ufern der kühlen Spree ihren Stralauer Fischzug gefeiert, und zu Tausenden sind sie hinausgestromt zum fischberühmten Stralow und haben gegessen und getrunken, gefungen und gesprungen, sind zu Wasser gefahren und haben sich geprügelt, aber das alte Volksfest ist doch nicht mehr gewesen, nur noch ein matter krankhafter Abglanz, eine Erinnerung an verklungene Tage, und während sonst der Bürger mit den Seinen Anteil an solchen Festen nahm, ist es jetzt mehr Pöbel, der sich dort gehen läßt. So wird auch dieses Volksfest bald verschwinden, wie das Fliegenfest, das man in diesem Sommer zum letzten Male in Pankow gefeiert hat. Fahnenwirker und Marschall treten ab, der Präschenmeister

